

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindencstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 282-293
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Cindencstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Wetterwinkel Bayern.

Eine sehr verdächtige „Einheitsfront“.

Nachrichten, die uns aus Bayern zugehen, machen es uns zur Pflicht, auf neue Gefahren hinzuweisen, die sich vor, im Herzen des deutschen Politit, vorbereiten. Die Desfentlichkeit ist es müde geworden, sich in die Einzelheiten der vöftischen Zwistigkeiten und Zusammenschlüsse zu vertiefen, und das ist nur allzu begreiflich, denn es kann keinem Freude machen, in diesem Schlein von Verrat und gemeiner Hinterlistigkeit — um mit dem Hitler-Offizier Gög zu sprechen — herumzurühren. Die Abenteuer der Kahr-Lossow-Hiller, Ludendorff, Ehrhardt, Claß, Grandel usw. sind so verwickelt und zugleich menschlich so widerwärtig, daß ihren Schilderungen gegenüber eine gewisse Abstumpfung eingetreten ist. Außerdem hat der mit allen Mitteln schäbigster Niedertracht geführte Kampf der vöftischen Gruppen einen gewissen Optimismus erzeugt, der sich nur allzu gern mit dem Spruch beruhigt: „Einer dieser Lumpenhunde wird vom andern abgetan.“

Dieser Optimismus, den z. B. auch Herr Stresemann in seiner letzten Rede in Steitin zur Schau trug, ist ganz unberechtigt. Der Plan eines von München ausgehenden und ganz Deutschland ergreifenden Putsches ist nicht aufgegeben, es wird vielmehr an seiner Bewirklichung mit größter Energie gearbeitet. Die Putschisten sind sich aber auch klar darüber, daß sich die Situation vom 8. November nicht wiederholen darf und daß sie nicht noch einmal aufeinander schießen dürfen. Darum wird mit eiserner Energie daran gearbeitet, die verschiedenen Gruppen wieder zu einigen. „Pact schlägt sich, Pact verträgt sich.“

Die Verbindung Ludendorffs mit Ehrhardt ist nur ein Zeichen dieser Einigungsbestrebungen, obgleich ein sehr bemerkenswertes. Ehrhardt ist Vertrauensmann Kahrs

und des Kronprinzen Rupprecht: macht er mit Ludendorff seinen Frieden, so tun es die ganzen Weißblauen auch. Daß man den in „Ehrenhaft“ befindlichen „umzingelten“ Ludendorff wieder gestattet, knapp vor seinem Prozeß unter Bruch seiner sämtlichen Ehrenwörter wieder mit Ehrhardt Politik zu machen, ist ein Symptom für die Herstellung der alldeutsch-vaterländisch-vöftisch-nationalsozialistischen Einheitsfront.

Kahr soll gehen, will aber nicht. Es liegt in der Hand einer unparteiisch geführten Zeitung des Hitler-Prozesses, es liegt vor allem in der Hand der Angeklagten in diesem Prozeß selbst, Kahr moralisch vollständig zu vernichten. Es sind Bestrebungen im Gange, diesen Prozeß zu einer Komödie zu machen oder ihn wo möglich ganz zu verhindern.

Das letztere ist das Ziel der entschlossenen Putschisten. Die Tage bis zur Eröffnung des Prozesses sind daher als kritische Tage erster Ordnung zu betrachten.

Der Zweck dieses Hinweises ist nicht, überflüssige Beunruhigung zu erregen, sondern die ungeheure Verantwortung der Reichsregierung vor aller Welt festzustellen. Die Reichsregierung kennt die Beziehungen des verhassten Grandel zu Kahr, sie ist über gewisse Versuche des Herrn Claß, die Inhaber der vollziehenden Gewalt für seine Pläne zu mißbrauchen, unterrichtet. Sie weiß auch noch noch verschiedenes anderes, was die von Herrn Stresemann in Steitin vorgetragene Theorie, es sei am besten, in Bayern alles laufen zu lassen, wie es läuft, gründlich widerlegt.

Durch ein energisches Vorgehen hätte dem Spuf, der Deutschland dauernd beunruhigt, längst ein Ende gemacht werden können. Aber ist ein solches Vorgehen von dieser Reichsregierung zu erwarten?

Ermächtigungsdebatte in Frankreich.

Paris, 4. Februar (WZ). Bei der heutigen Beratung der Finanzkommission der Regierung in der Kammer sprach nach dem kommunistischen Abgeordneten Lafont der sozialistische Abgeordnete Paul Boncour, der ebenso wie Lafont das Ermächtigungsgesetz für nicht verfassungsmäßig erklärte. Er warnte die Mehrheit, indem er darauf hinwies, daß nach den Wahlen eine andere Regierung von den Bestimmungen der jetzigen Regierung einen ganz anderen Gebrauch machen könne als den, den die Mehrheit vor heute gewollt habe. Nach dem Abgeordneten Boncour erklärte André Sefèvre, er befämpfe das Ermächtigungsgesetz und die Regierungsvorschläge, aber nicht aus dem gleichen Grunde. Er werde seinem Druck vom Ausland nachgeben, aber auf die parlamentarische Kontrolle wolle er auch nicht verzichten. Die Regierung verlange vom Volke neue Opfer im Betrage von mehr als drei Milliarden. Was werde geschehen, wenn nach Annahme der vorgeschlagenen Gesetze der Frank noch mehr falle? Es gebe Gegner Frankreichs und der Regierung Poincarés in der Welt, die über zwanzig Milliarden Frank verfügten. Sie könnten vor der Wahlperiode den Frank zum Sinken bringen.

Poincaré erwiderte: Wir haben die Gewißheit, daß der Frank sinken wird, wenn die Kammer nicht die Maßnahmen annimmt, die wir vorschlagen.

Sefèvre sagte zum Schluß, zu Poincaré gewandt: Denken Sie daran, daß, wenn der Frank nicht steigt, Ihre ganze Politik und ihre Mehrheit zusammenbrechen werden. Die Weiterberatung wurde darauf auf morgen nachmittag vertagt.

Paris, 5. Februar. (Eca.) Zur gestrigen Kammerdebatte schreibt die Morgenpresse einstimmig, daß die überaus geschickten Ausführungen des sozialistischen Redners Paul Boncour bei der Kammer starken Eindruck hinterlassen haben. Hervé bezeichnet sie in der „Victoire“ als eines der bedauerlichsten Zeichen in dieser Republik der Schwärmäuler.

Ebenso machen die Ausführungen des ehemaligen Kriegsministers Sefèvre schon dadurch großen Eindruck, daß er ein ausgesprochener Freund Poincarés ist, der in ganz besonders energischer Weise von ihm abtrat und der außerdem bei allen Mitgliedern der Mehrheit die Wahlorgane dadurch erhöhte, daß er als erster die Frage aufwarf, was wohl bei den kommenden Wahlen werden soll, wenn die Maßnahmen der Regierung erfolglos sein würden, und der Frank trotz der neuen Opfer, die vom Lande verlangt werden, weiter sinke. Die Oppositionsgruppe zeigt sich dann auch zufrieden.

Von Anfang bis Ende des Tages, schreibt Lardieu im „Echo National“, hätte sich durch die Ausführungen der beiden genannten Redner immer mehr die Notwendigkeit ergeben, die Unzulänglichkeiten der Regierung festzustellen. Lardieu meinte feststellen zu können, daß Poincaré sich wirklich unter einem starken Eindruck gefand, daß die Politik immer noch gelockert, aber man werde die Folgen sehen. Alle Welt habe den Eindruck des Geräusches, das eine Feder verurteilt, welche zerspringt.

Keine Besprechung Poincaré-Macdonald.

Der neue Pfalzdeh Poincarés.

Paris, 5. Februar. (WZ.) Das „Echo de Paris“ veröffentlicht folgende Mitteilung: Man hat infolge des Briefwechsels zwischen Poincaré und Macdonald von einer demnächstigen Zusammenkunft zwischen den beiden Staatsmännern gesprochen. Die französische Regierung ist hierüber nicht befragt worden. Solange übrigens die augenblicklich im Gange befindliche Parlamentsdebatte über die

Finanzpolitik der Regierung andauert, wird der französische Ministerpräsident nur schwer die notwendige Ruhe für so wichtige Verhandlungen finden.

London, 5. Februar. (WZ.) „Morningpost“ zufolge sprach der französische Botschafter gestern nachmittag auf der Foreign Office vor und hatte eine Unterredung mit Sir Eric Crewe. Wie verlautet, habe die Unterredung der Pfalzfrage gegolten.

Zur Pfalzfrage schreibt der politische Berichterstatter des „Daily Telegraph“, bis gestern abend sei noch keinerlei formelle Antwort auf den letzten französischen Kompromißvorschlag erteilt worden, daß die Rheinlandkommission eine neue Verwaltung in der Pfalz errichten bzw. überwachen solle, aus der sowohl die Separatisten als auch Rheinländer und Bayern ausgeschlossen sein sollten; dieser Gedanke scheine jedoch in britischen Kreisen nur wenig Unterstützung gefunden zu haben. Dem diplomatischen Berichterstatter der „Westminster Gazette“ zufolge steht die britische Regierung auf dem Standpunkt, daß die Frage der

Verwaltung der Pfalz eine innere Angelegenheit des Deutschen Reiches

sei, und daß die Errichtung der neuen Regierung auf Befehl der Reichsregierung, die den Wünschen der deutschen Regierung und der großen Mehrheit der pfälzischen Bevölkerung zuwiderliefe, eine Verletzung des Rheinlandabkommens und der Weimarer Verfassung darstellen würde.

Nach dem „Daily Telegraph“ ist eine Anzahl hervorragender französischer Industrieller in London eingetroffen, nicht in offizieller Mission, aber offenbar auf Anregung der französischen Regierung, wohl um den Versuch zu machen, kritische Industriekreise und andere Londoner Persönlichkeiten für den Gedanken eines englisch-französischen Zusammenwirkens in der Behandlung der Rhein- und Ruhrindustrie, d. h. also in der Ausnutzung der sogenannten produktiven Pfänder zu gewinnen.

Paris, 5. Februar. (TL.) Der diplomatische Mitarbeiter der Haasagentur erzählt, daß sich die englische Regierung für die neuen Pariser Anregungen nicht erwärmen könne. Ramsay MacDonald würde vielmehr seiner bekannten Auffassung treu, nach der entweder der Haager Schiedsgerichtshof oder der Völkerbund einen Schiedspruch in dieser Frage fällen müßte.

Wir glauben, daß der Haasmann da noch reichlich optimistisch ist; in dieser innerdeutschen Frage dürfte es auch nach britischer Meinung nichts zu schlechrichten geben!

Stille Börse.

Die Börse verkehrte heute bei vorwiegend fester Tendenz, aber sehr ruhigem Geschäft. Am Rentenmarkt ergaben sich sogar verschiedentlich Abschwächungen. Die Zurückhaltung der Spekulation erklärt sich vorwiegend aus den unkontrollierbaren Gerüchten, die über die Tätigkeit der Sachverständigen-Kommissionen im Umlauf sind. Die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse sind zwar nach den neuesten Berichten der preussischen Handelskammern und anderen Stellen etwas besser geworden. Die Börse zieht jedoch vorläufig für sich daraus keine Nutzenwendung. Sie hält die allgemeine politische Lage noch für zu unklar, um Engagements auf längere Sicht und in größerem Umfange zu tätigen. Als Käufer waren heute hauptsächlich Privatkreise und wohl einige ausländische Auftraggeber am Markt. Die Geldmarktlage ist unverändert, bei etwas reichlicherer Nachfrage wurden heute für tägliches Geld 1/2 bis 1 Pro Mille gefordert. Im Devisenverkehr polizierten sich das Geschäft in ruhigen Formen. Der stark eingeschränkte Bedarf wird durch Abgabe privater Kredite fast völlig gedeckt.

Agrarische Steuerhebe.

Großagrarien gegen die Kleinbauern.

Wir müssen aufhören zu klagen, wir müssen schreien!... Wir müssen schreien, daß es das ganze Volk hört, wir müssen schreien, daß es in die Parlamentsäle und Ministerien dringt, wir müssen schreien, daß es bis an die Stufen des Thrones verkommen wird.

Aus dem Aufruf des Rupprecht in Kansen in der „Landw. Tierzucht“, 21. Dezember 1922, der zur Gründung des Landbundes führte.

Seitdem im August mit den anderen Rotsteuern auch die erste wertbeständige Besitzsteuer auf den Grundbesitz, die Landabgabe, beschlossen wurde, haben unsere Großagrarien an unserem Steuerystem keine Freude mehr. Sie verkünden zwar in ihrer Presse und in ihren Versammlungen ihre grenzenlose Bereitwilligkeit, „schwerste Opfer an Geld und Gut“ zur Rettung des Vaterlandes (das sie ja in Erbpacht genommen haben) auf sich zu nehmen; sie hegen jedoch gleichzeitig nach der bewährten Methode des Rupprecht in Kansen so gegen die bestehenden Steuern, daß die Gefahr ihrer Uneinziehbarkeit täglich größer wird.

Denn unsere Großagrarien sind tatsächlich nur mit dem Steuerystem zufrieden, das sie von ihrer Steuerleistung befreit. Sie wollen überhaupt keine Steuern zahlen. Dieses Ziel können sie aber auf geradem Wege nicht erreichen. Sie müssen dazu einen Umweg gehen. Und um das zu erreichen, schrecken sie nicht davor zurück, ihren eigenen Verursachern in den Rücken zu fallen. Denn dieser Umweg besteht darin, die großen Gutsbesitzer zu entlasten auf Kosten der kleinen Bauern. Damit erreichen sie zugleich zwei Vorteile. Einmal befreien sie den Großbesitz von seinen Steuerlasten und dann belegen sie die ganze Landwirtschaft gegen die Steuern und die Republik, die diese „ungerechten“ Steuern macht, auf. Diesen Umweg sind sie seit jeher gegangen. Er bestand immer darin, wenn sich eine Bevorzugung der großen Güter nicht selbst in das Gesetz hineinschmuggeln ließ, diese Bevorzugung nachher durch unablässige Ministerarbeit bei der Finanzverwaltung doch noch durchzusetzen. Dann erhöhte die großagrarische Presse ihren Bärm über Opferwilligkeit und unerträgliche Belastung und im stillen leistete der Reichslandbund seine „schliche“ Arbeit, die darauf ausging, ein Steuerrecht, das abgewirtschaftet hatte, durch ein neues zu ersetzen.

Schon als im Juli vorigen Jahres durch die Erhöhung der Einkommensteuervorauszahlungen auch den Großagrariern eine steuerliche Belastung drohte, bemühte der Reichslandbund schnell die famose Einrichtung der Veranlagung nach einem besonderen Wirtschaftsjahr, um die großen Besitzer vor einer wirksamen Besteuerung zu schützen. Er sorgte dafür, daß die nach einem Wirtschaftsjahr veranlagten großen Güter nur ein Bruchteil der beträchtlichen Belastung trugen, die die nach dem Kalenderjahr veranlagten kleinen Besitzer entrichten mußten.

Als dann die Erhebung der Landabgabe mit den Stimmen der Deutschnationalen beschlossen war, putzte der Reichslandbund seine Anhänger oifen zur Steuerjagatage auf. Daß das an dem Widerstand der Regierung scheiterte, können unsere Großagrarien heute noch nicht verwinden. Noch am 16. Januar mußte die „Deutsche Tageszeitung“ folgendes für sie peinliche Eingeständnis machen:

„Der Land- und Forstwirt kann heute seine Erzeugnisse nicht verkaufen wann er will, sondern er muß sie zu den Terminen verkaufen, an denen die Steuern fällig sind. Er muß die Preise nehmen, die ihm gerade geboten werden, ohne Rücksicht darauf, ob sie angemessen sind oder nicht.“

So erfreulich dieser Umstand für die Gestaltung unserer Wirtschaftslage ist, so unerhört ist die Zumutung für die Großagrarien. Der Arbeiter darf selbstverständlich nicht murren, wenn man ihm seine Steuern so abzieht, daß er den Betrag überhaupt nicht einmal in die Hand bekommt. Aber unerhört ist es, wenn der leistungsfähigste Teil der deutschen Landwirtschaft durch gelegentliche Steuerleistung in seinem „vaterländischen“ Profitstreben behindert wird und seine Ware nicht so lange zurückhalten kann, bis das Großstadivolk den „angemessenen Preis“ dafür bezahlt. Und dabei hatten die Großagrarien bei dieser ersten wirksamen landwirtschaftlichen Steuer wieder einen ungeheuren Vorteil. Da der Wehrbeitragswert überall bei den großen Gütern viel zu niedrig, bei den kleinen Besitzungen dagegen viel höher angenommen worden war, war die prozentuale Belastung der Großgrundbesitzer nur ein Bruchteil der Steuerleistung der kleinen Landwirte.

Nachdem es dem Landbund nicht gelungen ist, in der zweiten Steuernotverordnung den Großagrariern diesen Vorteil zu erhalten, gibt er diese Ungerechtigkeit oifen zu, plant aber bereits im stillen neue Sabotageakte, deren Wirkung darauf hinausläuft, den alten Zustand wieder einzuführen. Er will verhindern, daß die in der Steuernotverordnung angefündigte Verichtigung des Wehrbeitragswertes im Sinne einer gleichmäßigen Belastung aller Steuerpflichtigen tatsächlich durchgeführt wird. Dazu sollen die bewährten Buchführungsstellen dienen, die vielfach Steuerhinterziehungsstellen gleichkommen. Der Landbund drängt unablässig darauf, bei der Verichtigung des Wehrbeitragswertes die Ergebnisse buchführender Betriebe allein als maßgebend anzuerkennen und danach auch die Einlösung in die Güteklassen für die Einkommensteuerveranlagung für 1924 vorzunehmen.

Die Regierung darf diesem Verlangen auf keinen Fall entsprechen. Die Arbeit der Buchführungsstellen, die nur be-





